

Der Gewerkeverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag, Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Postanhalten, für Berlin alle Setzungs- und Druckereien, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Sammlerang. 15 Pf., Vereinsangelegenheiten 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Westfälischerstr. 221/22, Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

von Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (Hirsch-Platz).

Bei Abonnement von mindestens 3 Gewerke unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche Franco an den Verbandsleiter Rudolf Klein, N.O., Westfälischerstr. 221/22, einzuweisen sind. Für Einzelhefte 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement leitend der Gewerkevereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 41.

Berlin, 13. Oktober 1905

Stebenzunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der politische Massenstreik. — Die Berichte der preussischen Gewerkeräte für 1904. — Die Arbeitslöhne in der deutschen Textilindustrie. — Wochenchau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Der politische Massenstreik.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena war es neben der Meißner in insbesondere die Frage des politischen Massenstreiks, bei welcher die Köpfe heiß wurden. Der alte Fanatiker Bebel sorgte mit seinem theilweis sehr scharfen Referat dafür, daß in manchen Köpfen Siedehitze erzielt wurde. Der erste Teil seines Referats begründete die Thatsache, daß die Sozialdemokratie auf dem todten Punkt angelangt ist. Die Partei kann nur kritisieren, aber nichts besser machen. In der praktischen That ist sie zur Ohnmacht verurtheilt! Dies gestand Bebel offen ein: „Wer jedoch glaubt, daß wir, die stärkste Partei im Lande, die zweitstärkste im Reichstage, einen entsprechenden Einfluß auf die Regierung ausüben, der urtheilt vollkommen falsch, denn eine Partei kann, so lange sie nicht in der Regierung sitzt, überhaupt keinen maßgebenden Einfluß ausüben.“ Wenn die Partei einen derartigen Einfluß haben wollte, dann müßte sie ihr Programm in die Tasche stecken und den prinzipiellen Standpunkt verlassen. In dem Augenblick, wo sich die Sozialdemokratie nur um rein praktische Dinge bekümmere, werde sie als Bundesgenosse hoch willkommen sein. Und scherzend fügte er noch hinzu, „dann würden die Besten unter uns Geheimne Oberregierungsräthe, wenn nicht gar noch mehr werden.“

Das Jugendbildnis von der politischen Einflußlosigkeit der Sozialdemokratie muß festgehalten werden. Die Scherze können die gewaltige Thatsache nicht verwischen, daß eine Partei, die sich als die Partei einer besonderen Klasse konstituierte, unfähig ist, für diese Klasse etwas zu thun.

Bebel mußte dann ferner eingestehen, daß die Sozialdemokratie zum Hinderniß für die weitere Entwicklung der sozialen Gesetzgebung geworden ist, indem er bekräftigte, daß die Abneigung gegen die Sozialreform angenommen habe. Auch die ökonomischen Gegensätze hätten sich verschärft. Die politischen Rechte der Arbeiter sind in Gefahr gekommen. Schon im vorigen Jahre habe das Herrenhaus eine Resolution gegen das allgemeine Wahlrecht zum Reichstage gefaßt. Ferner eine Resolution gegen die Reichserbschaftsteuer, eine Resolution für eine neue Zuchtanstaltvorlage u. s. w. Die Unternehmerverbände hätten seit 1903 an Bedeutung und Macht behändig zugenommen. Es gebe Industrieverbände, wo nicht ein einziger Unternehmer mehr außerhalb stehe, während Millionen von Arbeitern noch unorganisiert seien. Letzteres ist richtig. Die Unternehmer organisierten sich zur Wahrnehmung ihrer Interessen und trügen nicht darnach, ob der Mann Jude, Christ, Heide oder Mohammedaner sei, nur die Arbeiter ließen sich in Folge ihrer Dummheit, ihrer Unwissenheit, in der sie künstlich erhalten würden, spalten, obwohl doch gerade sie es nöthig hätten, einig und geschlossen zusammen zu stehen. Auch darin hat Bebel recht, er vergißt aber nur, daß die Sozialdemokratie die Ursache dieser Zerrissenheit unter den Arbeitern ist. Wenn die Arbeiterorganisationen so handelten, wie die Unternehmer und nur auf ihr praktisches Interesse bedacht wären, dann würden sie alle Arbeiter ohne Unterschied der Meinung zusammenfassen können. Auf dem Boden der Sozialdemokratie ist eine solche Einigkeit praktisch unmöglich, möglich ist sie allein nur in einer Organisation, wie sie in unseren Deutschen Gewerkevereinen geschaffen worden ist.

So waren die ersten drei Spalten der langen Rede vom schwärzesten Pessimismus durchzogen. Dann wurde Bebel plötzlich wieder hoffnungsfroh und renommirte, daß die Sozialdemokratie „unüberwindlich“ sei. So wenig man unter dem Sozialistengesetz

ihrer Herr geworden sei, so wenig werde man ihrer Herr werden, wenn man eines Tags zu neuen Gewaltmaßnahmen greife. In den Reihen seiner Partei gäbe es sogar Viele, die den Tag herbeisehnten, wo dies geschehen werde. „Da würden wir wieder mal zeigen, was wir für verfluchte Kerle sind!“

Es ist nicht zu leugnen, daß die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz der Polizei manch Schnippchen geschlagen und ganz gute Geschäfte dabei gemacht hat. Das Interesse der Arbeiter verlangt aber etwas mehr als mit der Polizei zu spielen, wie die „Rage mit der Maus“. Die Wahlrechtsverschlechterungen sind, wie Bebel ferner eingestand, gerade in den Gegenden durchgeföhrt worden, die als Hochburgen der Sozialdemokratie bezeichnet werden, wie Hamburg und Sachsen. Das sollte doch zu denken geben. Und wenn die Sozialdemokratie auch ferner ihre Thätigkeit, wie sie es in Jena drohend in Aussicht stellte, auf die Zertrümmerung des bestehenden Staates richten will, dann werden neben den Nationalliberalen vor allem Konervative und Centrum auf eine Verschlechterung des Wahlrechts hinarbeiten. Herr Bebel ist dies bekannt, denn er wies selbst darauf hin, daß die „Kölnische Volkszeitung“ (Centrum) im April d. J. mit Bezug auf die Wahlrechtsverschlechterung in Hamburg schrieb, „daß jeder Staat, sobald eine sozialdemokratische Volksvertretungsmehrheit die ganze Maschine zum Stillstand zu bringen drohe, rechtzeitig Gegenmaßnahmen treffen müsse“. Man merke wohl: jene Parteien bilden die Mehrheit im Reichstag!

Mit sich selbst in Widerspruch kam Bebel, als er das Ergebnis des großen Bergarbeiterstreiks als einen Sieg der Bergarbeiter feierte. Dieser Sieg habe die stärkste Gewalt in Deutschland, die Regierung, gezwungen, den Bergarbeitern Rechnung zu tragen und eine Reform der Berggesetzgebung einzuleiten. Bebel vergaß hinzu-zufügen, daß dieser Erfolg allein auf die partei- und kirchenpolitische Neutralitätserklärung der Bergarbeiter in diesem Kampf zurückzuführen ist. Hätte dieser Streik den Charakter eines sozialistischen Klassenkampfes angenommen, so hätte die Regierung deswegen keinen Finger krümm gemacht. Auf die kleinste, außerhalb der Sozialdemokratie stehende Arbeiterorganisation müssen Regierung und Parlament heute mehr Rücksicht nehmen und thun es auch, als auf die große Sozialdemokratie.

In die Besprechung des politischen Massenstreiks kam Bebel erst, als er die vom Gewerkevereinskongreß in Köln angenommene Resolution kritisierte. Ueber diese Resolution goß er eine volle Schale seines Spottes aus. Da müßte man ja die Lupe nehmen, um heraus-zufinden, daß man in dieser Resolution nicht soweit gegangen sei, selbst die Diskussion über den Generalstreik zu verbieten. Bei dem Lesen der Resolution und ihrer Begründung gewänne man den Eindruck, daß die Diskussion des Generalstreiks unterbleiben soll. Grimmig war er über seinen Fraktionskollegen Bömelburg, der in Köln gesagt hatte, die Gewerkschaften müßten zum Generalstreik Stellung nehmen, damit sie später nicht gezwungen seien, sich anderweitigen Beschlüssen fügen zu müssen. Diese „andere Stelle“ sei der Parteitag, den man „kontrecarriren“ und in seinen Beschlüssen habe beeinflussen wollen. Auf dem internationalen Kongreß 1900 in Paris habe Legien erklärt, so lange keine starken Organisationen vorhanden seien, der Generalstreik für die Gewerkschafter nicht diskutierbar sei. Ein Generalstreik unorganisierter Massen würde in ein paar Tagen nieder-gekommen, eventuell mit Wassergewalt, und damit wäre die Arbeit von Jahrzehnten vernichtet. In Amsterdam habe aber Robert Schmidt erklärt, daß die Gewerkschaften den Generalstreik überhaupt nicht für diskutierbar hielten. In Köln habe man den Massenstreik mit einem Streik verglichen, den man der Arbeiterklasse um den Hals lege, während man der Bourgeoisie zurufe: „Ziehe zu!“ In den „Sozialistischen Monatsheften“ habe sich Heine in schärfster Weise gegen den Massenstreik erklärt. Als Jurist habe er besonders auf die vielen Strasparagrafen hingewiesen. Da habe ein Parteigenosse erklärt, daß Heine, ohne es zu wollen, einem Staatsanwalt aus-gezeichnetes Material zu einer Rede geboten; aber so dumm seien

*) Siehe Nr. 40 des Gewerkevereins.

die Staatsanwälte nicht. Sehr wohl könne ein solcher Massenstreik ganz ruhig vor sich gehen. Das habe der Bergarbeiterstreik bewiesen, der keinerlei Handhabe zum Einschreiten geboten habe. Bebel verurteilt die Anwendung des politischen Massenstreiks, wenn das allgemeine geheime direkte Wahlrecht angetastet würde. Aber auch für die Erlangung dieses Wahlrechts für den preussischen Landtag sei unter Umständen der politische Massenstreik anzuwenden. Die Sozialdemokraten ständen heute hinter dem Bürgerthum der fünfziger Jahre zurück; das Bürgerthum habe, als es entrechtet war, fortwährend gekämpft. Die Sozialdemokraten aber ständen da, wie Leute, denen alles gleichgültig sei und dabei bekämen sie einen Hieb nach dem andern über den Rücken. Friedeberg habe mit seiner Rede über Parlamentarismus die Kampfeslust abgelaut, indem er behauptet habe, das deutsche Proletariat sei „vollständig ohnmächtig“ gegen eine Wahlrechtsverschlechterung, und noch hinzugefügt habe, „daß man dem allgemeinen und geheimen direkten Wahlrecht keine Thräne nachweinen werde“.

Wir Gewerksvereiner wundern uns nicht über diese Reaktion im sozialistischen Lager. Es ist die natürliche Folge der langjährigen Ueberschätzung des Wahlrechts. In jenem Lager hat man lange Zeit so gehan, als ob davon das Heil der Arbeiter allein abhängig sei und die eigene Bethätigung in Arbeiterberufsvereinen gar keinen oder nur einen unbedeutenden Werth habe! Die sozialistischen Massen haben aber inzwischen vielfach erkannt, daß die erhoffte Wunderwirkung aus der Benutzung des Wahlrechts — einen glücklichen Zukunftsstaat zu erlangen — ausblieb, und da war es für viele Enttäufte sehr leicht, in das andere Extrem zu verfallen, welches Friedeberg feierte, als er erklärte, dem Wahlrecht zum Reichstage keine Thräne nachzuweinen.

Bebel regte sich darüber in Jena lebhaft auf. Und lebhaft war auch die Zustimmung, als er sagte, daß die Verwirrung immer größer werde. Eine so vollständige Verwirrung über die Grundanschauungen habe es in der Partei bisher niemals gegeben. Dabei handle es sich nicht einmal um Parteigenossen, so fügte er hinzu, die eben erst hineingerathen hätten, sondern zum Theil um alte Genossen, die jenen Geist pflegten und so an der Korruption mitarbeiteten, die in Bezug auf die Grundanschauungen in der Partei entstanden sei.

Nun soll ein verstärkter Radikalismus den Wirrwarr übertrubeln! Blindlings und mit lautem Hurrah will man so die Arbeiter mit dem Generalstreik ins Verderben reiten. Bebel, der noch in Dresden gar keine Gefahr für das allgemeine Wahlrecht erkennen wollte, bläst jetzt die Sturmfanfare. Als Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft will er es selbst noch erleben, daß sie zertrümmert wird. Der Mann kann uns leid thun und mehr noch diejenigen, die ihm folgen.

Aber nicht alle folgen ihm! Auch schon auf dem Parteitage wurde ihm sachlicher Widerspruch entgegengesetzt. So stellte Heine die Frage: „Wer bei einem solchen Massenstreik mitgehen werde und ob man mit ihm siegen werde.“ Hinter dem Massenstreik stehe die Revolution! Mit seinem Spott sagte er dann, es schmecke immer besser, sich an dem süßen Trank des eigenen Nachgeföhls zu berauschen. Der ruhige und sachliche Beurtheiler wird von aufgeregten Masse nicht verstanden.

Heine hält einen friedlichen Generalstreik, bei dem bloß gehungert wird, nicht für möglich. Ein solcher Streik bliebe wirkungslos, da unsere Junker und Bureakraten zu gute Nerven hätten, als daß sie sich dadurch ins Hochhorn jagen ließen. Mit Worten schlage man keine Schlachten und auf die Humanität der Regierung und der Soldaten will Heine nicht spekuliren. Das Blut der Arbeiter, die ihre Haut zum Markte tragen müßten, sei ihm zu theuer, und obendrein würden die Opfer gebracht um einer sicheren Niederlage willen! Die Empfehlung des Massenstreiks werde auf die Gegner des Wahlrechts keineswegs abschreckend wirken. Es werde damit vielmehr nur erreicht, sie zur Wahlentrechtung anzureizen. Bei einem so verunglückten Generalstreik gehe dann nicht nur das Wahlrecht zum Teufel, sondern das Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungsrecht und das bishigen Pressfreiheit dazu. Man möge also den Scharjurachern nicht geradezu in die Hände arbeiten!

Die von Bebels Rede heiß gemachte Menge nahm Heines Entgegnung sehr kühl auf. Frohme erklärte, ruhig objektiv erwägend an die Frage herangetreten und dabei zu dem Schluß gekommen zu sein, daß es vollständig unzweckmäßig und höchst bedenklich sei, sich für bestimmte Zwecke auf den politischen Massenstreik festzulegen. Es verstehe sich doch in der That von selbst, daß man keine Ursache habe, die Massen in eine Bluthitze hineinzureden, in ihnen überschwengliche Hoffnungen zu erwecken, die nicht in Erfüllung gehen und dann böse Rückschlüsse für die ganze Sache des Volkes mit sich führten. Robert Schmidt hieß Bebel „den brillanten Reitergeneral auf dem Paradeplatze der politischen Partei“, aber seine brillante Reiterattade werde im Ernstfalle in tausend Alome aufliegen. Bebel sage: wir wollen 14 Tage hungern! Das sei ein Wort, das schön klinge, aber die praktische Durchführung mache kein Recht mit! Einen Verzweifelungskampf zu beginnen, im Vertrauen darauf, daß das preussische Militär nicht schießen werde, wenn die Massen im Generalstreik auf die Straße kommen, das sei eine bedenkliche Vertrauensseligkeit. Russische Zustände würden folgen! Es sei für die Bourgeoisie eine Kleinigkeit, die Arbeiter zu Paaren zu treiben.

Auch hier spendete nur ein kleiner Theil des Parteitages Beifall. Barentzin-Berlin widersprach den Ansichten Robert Schmidts. In Arbeiterkreisen werde ganz anders über den Massenstreik geurtheilt, als die Personen es thun, die nicht mehr an der Hobelbank oder am Schraubstock stehen. Allerdings, auf Leute, denen durch sozialistische Phrasen der Kopf warm und verwirrt gemacht ist, mag dieser Einwand wohl zutreffen.

Die blutige Rede hielt sodann Rosa Luxemburg. Beim Anhören dieser Debatte müsse man sich an den Kopf fassen und fragen: Leben wir denn thatsächlich im Jahre der glorreichen russischen Revolution? Wer da erst frage, ob die Massen hungern oder wer ängstlich sei, daß Blut fließe, der habe die Fühlung mit den Massen verloren. Die Zeit sei gekommen, wo die Evolution in die Revolution umschlage, wie Marx und Engels das voraus gesehen hätten. Die Auffassung Heines sei geradezu eine Schande für die Sozialdemokratie. Nicht die Organisation sei die Hauptsache, sondern der revolutionäre Geist der Aufklärung! Die Gewerkschaften dürften nicht zu einer Last für die politische Bewegungsfreiheit der Arbeiter werden. Aus der russischen Revolution müsse man lernen. Dort sei keine Organisation, aber die Revolution werde energisch durchgeführt. Mit Recht gab man der blutrünstigen Rosa den Rath, doch wieder nach Russland zurückzukehren, woher sie gekommen ist, um dort die Revolution mitzumachen. Legien will den Satz vom Massenstreik in der Bebel'schen Revolution gefrischen haben, denn dieser Satz bedeute im gegenwärtigen Augenblick nichts weiter als ein Zugeständniß an den Anarcho-Sozialismus. Dr. David-Matiz beklagte, daß manche Rede, besonders die der Rosa Luxemburg, den Scharmachern Wasser auf die Mühle liefere. Das Ganze sei ein Rückschlag in dem Revolutionärismus, wie er offener und markanter bisher nicht zu Tage getreten sei. Es sei der helle Wahnsinn, aus den russischen Verhältnissen einen Schluß auf die in Deutschland notwendige Taktik zu ziehen. Bei einem Generalstreik hungerten doch nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen und Kinder. Die Partei habe nicht die Mehrheit und als Widerheitspartei etwas auf gewaltsamem Wege zu erreichen, sei nun und nimmer möglich! v. Elm hält es für nothwendig, den Gedanken des Generalstreiks schon heute zu propagiren, damit sich die Massen daran gewöhnen. Es müsse den Massen gesagt werden: „Es kommt der Moment, wo ihr eintreten müßt mit Gut und Blut! Der Augenblick kommt, bereitet euch vor!“ Der stürmische Beifall, den diese Worte fanden, gab der Stimmung des Parteitages den richtigen Ausdruck.

Im Schlußwort wunderte sich Bebel darüber, daß die Debatte diesen Charakter angenommen habe. Eine Debatte, in der soviel von Blut und Revolution die Rede gewesen wäre, habe er noch nicht gehört. Er habe unwillkürlich auf seine Stiefelspitzen gesehen, ob er nicht bereits im Blute wate. An solche Dinge habe er in seinem „harmlosen Gemüth“ nicht gedacht, so blutig er nicht. Die Verwunderung Bebels war sehr deplacirt, thatsächlich lag in seiner 3/4stündigen Rede die Ursache für diesen Gang der Debatte. Die ganze Stimmung gab dem Jörn und der Angst Ausdruck über das Ringen nach Selbstständigkeit in den Gewerkschaften. Die Empfehlung des Massenstreiks richtete sich geradezu gegen die Gewerkschaften, die davon nichts wissen wollen.

Der blinde Hurrahtaumel siegte aber über die nüchternen Erwägungen der Einzelnen und so wurde die Bebel'sche Resolution für die Anwendung des politischen Massenstreiks mit 228 gegen 14 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Verhandlung und ihr Resultat ist für uns Gewerksvereiner von großer Wichtigkeit! Unsere Aufgabe ist es jetzt, mit doppelter Energie für die Gewinnung aller derjenigen Arbeiter zu agitiren, die sich nicht in den wilden Estrudel blutiger Kämpfe hineintreiben lassen wollen. Jeder Gewerkschaft, der angeht die Vorgänge in Jena noch den Muth hat, sich mit der Sozialdemokratie und ihrem Parteitage beschluß zu identifiziren, ist ein Feind der Arbeiter. Farbe bekennen, muß jetzt die Parole sein. Die Gewerksvereine stehen auf dem Boden der Entwicklung und des geistigen und wirtschaftlichen Vorwärtstommens. Der sozialdemokratische Parteitag muß mit seinen Geflüsten nach einer Revolution allen denkenden Arbeitern die Augen öffnen!

Dr. E. E. Die Berichte der preussischen Gewerberäthe für 1904.

III.

Arbeitsdauer und Arbeitsräume. Das Trudverbod. Die Arbeitsordnungen.

Wer sich mit Sozialpolitik zu beschäftigen hat, dem wird es nicht mehr besonders auffallen, daß unverhältnißmäßige Betriebsleiter und Arbeitgeber die Arbeitsdauer ihrer Angestellten und Arbeiter zu verlängern suchen. Weil dadurch oft an der Gesundheit Raubbau getrieben und den Arbeitern auch in geistiger Beziehung erheblicher Schaden zugefügt wurde, hat man für einen Theil auf gesetzlichem Wege die Arbeitsdauer festlegen müssen. Aber nicht genug damit. Man hat auch Organe einsetzen müssen, welche diese gesetzlichen Bestimmungen (betr. die Arbeitsdauer) zu überwachen haben. Und diese

segensreiche und dankenswerthe Aufgabe ist eine der wichtigsten Obliegenheiten, welche die Aufsichtsbeamten zu erfüllen haben.

Schlagen wir einmal die Berichte derselben auf und hören wir, was die Gewerbetätige über die Arbeitsdauer in Preußen zu erzählen wissen.

In einer mit Tag- und Nachtschicht arbeitenden Obstkellerei schreibt der Regierungs- und Gewerberath Steinbrinck-Kassell, „sanden sich zwei Heizer (Vater und Sohn), die während der Kampagne täglich — 18 Stunden arbeiteten. Der Vater bediente am Tage und während der ersten Hälfte der Nacht, der Sohn in der zweiten Hälfte der Nacht die Kesselanlage. Dieser hatte aber schon in einer anderen Fabrik täglich 12 Stunden Heizerdienste gethan, so daß auch seine Arbeitszeit — 18 Stunden betrug.“ (S. 382) Aus Münster wird gemeldet: Ein Bäckermeister, welcher einen 60jährigen Gesellen (!) längere Zeit hindurch 16 bis 18 Stunden beschäftigt hatte — an einem Sonnabend und Sonntage sogar ohne Unterbrechung 26 Stunden — wurde zu einer Geldstrafe von 20 M. oder 3 Tagen Haft verurtheilt. Der alte Geselle hatte sich in Folge der Ueberanstrengung eine Erkrankung zugezogen, die seine Aufnahme ins Krankenhaus erforderlich machte. (S. 310.)

In einer Genossenschaftsbäckerei des Bezirks Bromberg, wo eine Arbeitszeit bis 14 Stunden festgesetzt war, schaffte die Gewerbeinspektion Abhilfe. (S. 120.) Der Regierungs- und Gewerberath Hirsch-Magdeburg erhielt durch die Presse Kenntniß von folgendem Falle außergewöhnlich langer Arbeitszeit: Er betraf die Arbeiter in der Abtheilung der Knochenkohlenfärberei einer Zuckerraffinerie, in der im Uebrigen die 12stündigen Wechselschichten — einschließend der Pausen üblich sind. Hier wurden die wenig zahlreichen Arbeiter der genannten Station, für welche, der unangenehmen Arbeit wegen, nur schwer Leute zu haben waren, von 5 Uhr Morgens bis 8 Uhr, bisweilen auch bis 9 Uhr Abends beschäftigt, wobei ihre Anwesenheit an der Betriebsstätte auch in den Pausen nöthig war.

Außerdem waren noch im regelmäßigen Wechsel Sonntagschichten zu leisten. Ein Arbeiter wurde daneben... gelegentlich auf einer anderen Station mit Ueberschichten beschäftigt, so daß er in einzelnen Wochen auf 120 Arbeitsstunden kam. Daß er unter diesen Umständen schließlich trunksüchtig wurde, sei erklärlich. (S. 191.) Eine ungewöhnliche Regelung der Arbeitszeit hat der Gewerbeinspektor in Breslau II in einer Schuhwaarenfabrik wahrgenommen. Es wurden zwei Arbeitsschichten eingerichtet, von Morgens 4 Uhr bis Mittags 12 Uhr und von Mittags 12 Uhr bis Abends 8 Uhr, weil der Gasmotor der Fabrik nicht mehr alle Maschinen zu gleicher Zeit betreiben kann. In der Frühlingschicht wurden 5, höchstens 8 Maschinenarbeiter beschäftigt, die übrigen in der Nachmittagschicht. Bedenklich erschien bei der Neuregelung der Arbeitszeit, daß die Maschinenfäule während 16 Stunden am Tage ununterbrochen belegt sind, und im Winter während 6 bis 8 Stunden Gas gebrannt werden muß, daß die Arbeiter in ihrer Freischicht zum Theil noch andere Arbeitsgelegenheit suchen und durch allzulange Arbeitszeiten und zu wenig Ruhe ihre Gesundheit schwächen, was besonders für die in der Vormittagschicht von Morgens 4 Uhr an beschäftigten Arbeiter zu besorgen war. (S. 135.)

Nach dem Berichte von Duppeln werden die nach § 120a der G.-D. erlassenen Vorschriften über die Dauer der Arbeitszeit noch häufig mißachtet, und zwar besonders in Bäckereien, Mühlen, Gast- und Schankwirtschaften. (S. 168) Endlich ermittelte der Aufsichtsbeamte von Hildesheim, daß in 3 Mühlen den Gesellen keine ununterbrochene 8stündige Ruhezeit gewährt wurde. (S. 280.)

Erfreulicherweise fehlt es aber nicht an Aeußerungen über Verkürzung der Arbeitsdauer. Der Regierungs- und Gewerberath Hartmann-Berlin hat beobachtet, daß die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit weitere Fortschritte gemacht hat. (S. 72) Es ist erfreulich berichten zu können, heißt es aus Pommern, „daß die langen Arbeitszeiten in Rückgang begriffen sind. Diese Erscheinung ist zum Theil auf die Arbeiterorganisationen zurückzuführen, andererseits hat die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen auf diejenige der Männer zurückgewirkt.“ (S. 100.) Und aus Breslau wird gemeldet: Die Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit mehr und mehr auf 10 Stunden in denjenigen Betrieben einzuschränken, wo sie bisher noch länger war, ist auch im Berichtsjahre das ständige Bestreben der Arbeiterschaft gewesen, das auch Erfolge erreicht hat. Den hiesigen Bau- und Wölbeltischlern ist es sogar gelungen, in dem mit den Arbeitgebern auf 2 Jahre geschlossenen Tarifvertrage die Bewilligung einer neunstündigen Arbeitszeit durchzusetzen, wie sie im Buchdruckergewerbe bereits seit 1902 besteht. Erfreulicherweise wird die Zahl der Vertheidiger der über 10 Stunden hinausgehenden Arbeitszeit auch in den Kreisen der Unternehmer immer kleiner. (S. 135.)

Einige Fabriken haben wieder ohne Nachtheil, wird aus Plessing geschrieben, für sich und ihre Arbeiter die regelmäßige Arbeitszeit auf 10 oder sogar 9 1/2 Stunden herabgesetzt.“ (S. 154.) Dagegen betont Regierungs- und Gewerberath Steinbrinck-Kassell, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie die Bundesratsverordnung, betr. die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhanerereien, vom 20. März 1903 vorschreibt, von der Arbeitern als ein Eingriff in ihre Rechte angesehen werde, der sie

an der vollen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft und an der Erreichung des vollen Arbeitsverdienstes hindern (S. 382).

In dem von dem Regierungs- und Gewerberath Scultetus beauftragten Bezirke Merseburg wurden besondere Erhebungen angestellt über den Zustand der Betriebsräume der Buchdruckereien und Schriftgießereien sowie der zur Anfertigung von Cigarren bestimmten Anlagen, die Folgendes ergaben: Von den 125 Buchdruckereien zc. (Fabriken und Werkstätten), in denen 2281 Arbeiter beschäftigt wurden, besaßen 84 Anlagen Arbeitsräume von 3 m Höhe und mehr, 30 hatten weniger als 3 m hohe Arbeitsräume und 11 Anlagen haben theils hohe, theils niedrige Arbeitsräume.

Als geringster Luftstrom in Cigarenerien ist 12,4 cbm auf eine Person zugelassen und eine besonders gute Lüftung und die genaue Einhaltung der zur Fürsorge für die Gesundheit der Arbeiter erlassenen Vorschriften zur Bedingung gemacht worden. Abzusehen von den noch vorhandenen alten beengten Anlagen wird der Zustand der Arbeitsräume in den Buchdruckereien als befriedigend bezeichnet, was den darin beschäftigten, zu den intelligentesten Arbeitern zählenden Cigaren mit zu verdanken ist.

Die Ermittlungen über die Einrichtungen und den Betrieb der zur Anfertigung von Cigarren bestimmten Anlagen erstreckten sich auf 83 Fabriken und Werkstätten mit 791 Arbeitern, d. h. auf sämmtliche den Aufsichtsbeamten zur Zeit der Erhebung bekannten Anlagen. Was ergaben sie? In 38 Betrieben betrug die Höhe der Arbeitsräume mindestens 3 m, in ebenso vielen weniger als 3 m und in 7 Anlagen waren sie theils unter, theils über 3 m hoch. In einigen Fällen wurde auch ausbedungen, daß jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren oder Kindern weder Beschäftigung noch Aufenthalt in den Räumen gewährt werden dürfe. In 11 Anlagen mit 3 m hohen Arbeitsräumen betrug der Luftstrom auf eine Person nur — 7 cbm, also das zulässige Mindestmaß; in allen übrigen Anlagen war ein größerer Luftstrom vorhanden, der im Höchstsalle auf 26,5 cbm stieg. Es wird noch bemerkt, daß die Cigarrenindustrie im dortigen Bezirke hauptsächlich in kleinen Anlagen und in der Hausindustrie betrieben wird; ganz große Fabriken fehlen. (S. 220/222.)

Verstöße gegen § 115 der Gewerbeordnung, das Truckerbot, wurden auch im Berichtsjahre wiederholt festgestellt und hatten einige Bestrafungen zur Folge. Gegen drei Ziegelmeister in Herzfelde ist Strafanzeige erstattet worden. Der eine händigte den Arbeitern Bledmarken aus, für welche sie in der Kantine, deren Verbieth in seine Tasche schießt, Speisen und Getränke erhielten. Der Betrag der Marken mußte unmittelbar nach der Lohnzahlung erstattet werden. Die beiden anderen Meister überließen den Arbeitern Bier auf Kredit zu einem den Einkaufspreis erheblich übersteigendem Preise. (Potsdam, S. 32.) Entgegen dem § 115 der G.-D. hatte ein Schachtmeister seinen Arbeitern Schnaps, Bier, Cigarren und Cigaretten kreditirt und bei der Lohnzahlung angerechnet, obgleich er bereits einbringlich gewarnt worden war. Das Strafverfahren ist eingeleitet worden und schwebt noch. (Minder, S. 328.)

In einer Dampfziegelei hatte der Direktor eine Kantine errichtet. Die Verkaufspreise für die Waaren überstiegen erheblich die Selbstkosten; allein am Bierverlaufe betrug der tägliche Gewinn bis zu 3 M. Das Schöffengericht erklarte in dieser Ausbeutung der Arbeiter mit Recht ein grobes Vergehen gegen § 115 der G.-D. und erkannte nur mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des angeklagten Ziegeleidirektors gegen diesen auf die verhältnismäßig geringe Geldstrafe von 100 M. oder 10 Tage Gefängniß. In einem anderen Falle, in dem ein Ziegeleimeister das Flaschengier den Arbeitern statt zu 18 zu 20 Pf. verkaufte, wurde mit 15 M. Geldstrafe belegt. (Erier, S. 486.) Nach der Ansicht des Wiesbadener Aufsichtsbeamten werde eine wirkliche Besserung dieser im Ziegeleigewerbe eingerissenen Mißstände nur durch Einführung einer ähnlichen gesetzlichen Bestimmung, wie sie in der Cigarrenindustrie erlassen ist, daß die Ziegeleiunternehmer den Lohn direkt an die Arbeiter zahlen müssen, ferner durch Einführung von Lohnzahlungsbüchern und durch Festsetzung einer Maximalarbeitszeit zu erreichen sein. (S. 399)

Bei Prüfung von neu zu erlassenden oder abzuändernden Arbeitsordnungen bot sich den Aufsichtsbeamten in zahlreichen Fällen Gelegenheit, ungesetzliche Bestimmungen zu beanstanden und auf Abänderung ungewollter Bestimmungen hinzuwirken. So mußten in Potsdamer Bezirke etwa 70 pCt. der Arbeitsordnungen beanstandet werden, weil sie einzelne ungesetzliche Bestimmungen enthielten. Es gelang auch, manche Bestimmungen zu beseitigen, die zu Härten für die Arbeiter hätten führen können. (S. 33.) Beispielsweise sollten nach zwei Arbeitsordnungen Strafen bis zum durchschnittlichen Wochenlohn verhängt, nach anderen Schadenersatz ohne Weiteres vom Lohne abgezogen werden. Nach einer anderen Arbeitsordnung sollte 1/4 Stunde Zuspätkommen das erste Mal mit Verlust des ganzen Tagesverdienstes, das zweite Mal mit Entlassung bestraft werden. Nach der Arbeitsordnung einer Brauerei sollten Strafgehalte — als Geschenke für durchreisende Brauer gegeben oder der — Ortskrankenkasse überwiesen werden. Charakteristisch für diese Verhältnisse sei übrigens, daß gerade die schlimmsten dieser Bestimmungen schon seit Jahren in den Arbeitsordnungen enthalten waren, ohne von den

Arbeitern beanstandet worden zu sein. (S. 138.) Daß ein Unternehmer erst durch eine gerichtliche Verurteilung zur Aufstellung einer Arbeitsordnung gezwungen werden mußte, wird aus Hannover berichtet. (S. 270.) Sehr interessante und ausführliche Angaben über die Höhe der Strafgeelder giebt der Regierungs- und Gewerbeberath Theobald-Düsseldorf. Wegen Raummangel können nur einige Zahlen herausgegriffen werden. In einem Eisenhüttenwerke mit 5000 Arbeitern erreichten die Strafgeelder eine Höhe von — 9381 Mk. So verhängten z. B. drei Solinger Fabriken mit 915 Arbeitern nur 54 Mk., während zwei andere Betriebe derselben Art und an demselben Orte mit 936 Arbeitern über 1800 Mk. Geldstrafen festsetzten. Woran liegt diese ungleiche Behandlung der Arbeiter? Daran, daß den Werkmeistern und Vorarbeitern zu viele Befugnisse eingeräumt werden. Dort, wo die Arbeitgeber sich die Bestrafungen selbst vorbehalten, oder wo die Strafsetzungen in den Händen höherer Betriebsbeamten liegen, pflegen die Strafen gering zu sein (S. 432.)

Mögen diese Darlegungen unsere Verbandsgenossen von Neuem dazu aufmuntern und anregen, bei der Prüfung und Ausarbeitung von Arbeitsordnungen selbst eifrigst durch Geltendmachung ihrer gesetzlichen Rechte mitzuwirken!

Δ Die Arbeitslöhne in der deutschen Textilindustrie.

Handelskammerjurist Dr. Apelt-M. Glabach veröffentlicht in der „Deutschen Industrie-Zeitung“ statistisches Material über die Entwicklung der Arbeitslöhne in der deutschen Textilindustrie. Die Angaben stützen sich auf die jährlichen Erhebungen der deutschen Textil-Berufsgenossenschaften. Aus den Angaben über Arbeiterzahlen und Lohnsumme hat der Verfasser den durchschnittlichen Jahresverdienst pro Arbeiter berechnet. Die Berechnung umfaßt die Zeit von 1886—1904. In der deutschen Baumwoll- und Wollindustrie stieg hiernach der durchschnittliche Verdienst in Elsaß-Lothringen von 600 Mk. im Jahre 1886 auf 699 Mk. im Jahre 1904, in Süddeutschland von 549 auf 655 Mk., im Königreich Sachsen von 535 auf 679 Mk., in Schlesien von 401 auf 527 Mk., in Rheinland-Westfalen von 619 auf 804 Mk., im übrigen Norddeutschland von 539 auf 734 Mk. Im gesammten Deutschland stieg die Durchschnittslohnsumme von 551 Mk. im Jahre 1886 auf 706 Mk. im Jahre 1904. Der letzte Durchschnittssatz ist noch etwas höher, weil nicht mit eingerechnet werden konnte der Durchschnittslohn von 1902—1904 in der süddeutschen Berufsgenossenschaft, die nur alle 5 Jahre die Arbeiterzahl genau ermittelt. Für Süddeutschland umfaßt der statistische Vergleich daher auch nur die Jahre von 1886—1901. Apelt hält die Angaben für die Jahre 1886—1887 für ziemlich ungenau. Darum stellt er die Steigerung von 1888—1904 in den verschiedenen Landesteilen in Vergleich. Innerhalb von 16 Jahren kommt in Betracht für

Elsaß-Lothringen	eine Steigerung um 109 Mk. oder 18,5 pCt.
Sachsen	164 „ „ 31,6 „
Schlesien	112 „ „ 27,1 „
Rheinland-Westfalen	156 „ „ 24,1 „
das übrige Norddeutschl.	188 „ „ 34,5 „
das gesammte Deutschl.	156 „ „ 28,4 „
Süddeutschland beträgt die Steigerung von	
1888—1901	102 „ 18,4

Diese Zunahme sei umso bemerkenswerther, so führt der Herr Verfasser aus, als sie sich in einer Zeit vollzogen habe, in der eine Reihe von Betrieben freiwillig oder in Folge gesetzlichen Zwanges zu einer Verkürzung der Arbeitszeit übergegangen sei. Das am 1. April 1892 in Kraft getretene Arbeiterschutzgesetz habe die Löhne nicht nachtheilig beeinflusst, obgleich dasselbe gerade für einen großen Theil der Textilindustrie sehr einschneidend gewesen sei, besonders durch das Verbot der Sonn- und Festtagsarbeit, den Maximalarbeitstag von 11 Stunden für Frauen und früheren Sonnabendabendsschluß u. s. w. Die Jahre schweren wirtschaftlichen Rückganges, 1901 und 1902, hätten die Arbeitslöhne in dieser Industrie gar nicht oder nur in unbedeutendem Maße in Mitleidenschaft gezogen.

Das Arbeiterschutzgesetz von 1892 traf allerdings bezüglich der Arbeitszeit die Textilindustrie am meisten, weil in dieser die Arbeitszeit bis dahin am längsten war. Die „einschränkenden Bestimmungen“ sind aber immerhin noch so bescheiden gehalten, daß damit eine nachtheilige Wirkung auf die Konkurrenzfähigkeit der Textilindustrie nicht ausgeübt werden konnte. Es ist natürlich auch ganz selbstverständlich, daß ein Gesetz nicht dazu gemacht wird, die Industrie zu schwächen. Im Gegentheil! Mit dem Arbeiterschutzgesetz ist eine größere Ordnung und Zeitausnutzung in die Betriebe eingeführt worden mit der Wirkung, daß schließlich durchweg ein besseres Arbeitsergebnis erreicht wurde als vorher, wo der willkürlichen Ausbeutung der Arbeitskräfte keinerlei Schranken gezogen waren. Wir sind überzeugt, daß die Textilindustrie ihre volle Konkurrenzfähigkeit aufrecht erhalten kann, wenn endlich an die Stelle der 11stündigen die 10stündige Arbeitszeit eingeführt wird. In England ist die Arbeitszeit schon kürzer und in Frankreich ist der 10stündige Arbeitstag durch Gesetz für alle diejenigen Betriebe eingeführt worden, in welchen neben Arbeitern auch Arbeiterinnen beschäftigt werden. Letzteres ist in der Textilindustrie Frankreichs durchweg der Fall. Deutschland kann hinter diesen Ländern nicht zurückbleiben wollen.

Die Textilindustrie erholt sich in Krisenzeiten immer wieder am raschesten, weil dann in der Regel die Rohprodukte billiger im Preise stehen. Dies erklärt es wohl auch, daß 1901/02 kein Rückgang in der durchschnittlichen Lohnhöhe eingetreten ist.

Wenn die Lohnhöhe allein entscheidend wäre für die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie, dann wäre die übrige deutsche Textilindustrie längst durch Schlesien matt gesetzt worden. Schlesien hat im Jahre 1904 noch nicht den Durchschnittslohn erreicht, der selbst in Sachsen schon 1886 verzeichnet werden konnte. Die höchsten Löhne hat Rheinland-Westfalen aufzuweisen. Die Industrie dieses Landestheils steht aber keineswegs in der Konkurrenzfähigkeit hinter Schlesien und Sachsen zurück. Die Textilindustrie hat mit dem leider nur sehr langsamen Wachsen der Löhne ihre Leistungsfähigkeit nicht vermindert, sondern entsprechend gesteigert.

In der Seidenindustrie berechnet sich der Durchschnittslohn folgendermaßen:

1891	656 Mk.	1898	730 Mk.
1892	656 „	1899	745 „
1893	648 „	1900	766 „
1894	654 „	1901	771 „
1895	693 „	1902	782 „
1896	694 „	1903	783 „
1897	705 „	1904	791 „

Die Leinenindustrie (einschl. Jute-, Hanf- und Kotosfaserindustrie) weist folgende Lohnentwicklung nach:

1886	463 Mk.	1896	604 Mk.
1887	511 „	1897	586 „
1888	503 „	1898	607 „
1889	544 „	1899	625 „
1890	548 „	1900	670 „
1891	556 „	1901	687 „
1892	?	1902	698 „
1893	?	1903	697 „
1894	570 „	1904	705 „
1895	571 „		

Hiernach sind in der Seidenindustrie die Löhne von 1891 bis 1904 um 135 Mk. oder 26,0 pCt., in der Leinenindustrie von 1880—1904 um 202 Mk. oder 40,2 pCt. gestiegen. Die Durchschnittslohnsumme sind natürlich nicht die Löhne erwachsener Arbeiter. Die Sätze sind dadurch niedriger als diese gehalten, weil die Löhne der jugendlichen und der weiblichen Arbeiter in die Durchschnittssätze eingerechnet wurden. Von je 1000 überhaupt in der Textilindustrie beschäftigten Arbeitskräfte waren im Jahre 1903 560 Arbeiterinnen und jugendliche Personen. Trotzdem sind die Löhne auch für männliche erwachsene Textilarbeiter durchweg erheblich niedriger, als die Löhne in den meisten anderen Erwerbszweigen. Dr. Apelt erkennt dies auch ausdrücklich an, verweist aber darauf, daß „nach Art der Erwerbstätigkeit und in Rücksicht auf den internationalen Wettbewerb“ die Textilindustrie hierin hinter den anderen Industrien zurückbleiben müsse. Apelt will daher mit seiner Arbeit auch nur den Beweis erbringen, daß die Löhne in der Textilindustrie sich aufwärts bewegen.

Dieser Beweis darf an Hand des Materials wohl als erbracht angesehen werden. Das ist erfreulich, weil damit gleichzeitig bewiesen ist, daß die Textilindustrie weitere Lohnhöhungen sehr wohl ermöglicht. Es würde der Textilindustrie schließlich an geeigneten Arbeitskräften fehlen, wenn sie dauernd und gar zu weit in der allgemeinen Lohnentwicklung zurückbleiben wollte. Dringend notwendig ist es aber, daß die Textilarbeiter und Arbeiterinnen sich organisieren, und können wir hierfür besonders den Gewerksverein der Deutschen Stuhl- und Textilarbeiter (Hirsch-Dunker) empfehlen, damit sie selbst durch ein geordnetes Vorgehen den Gang der Lohnentwicklung günstig zu beeinflussen vermögen. Jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen steigert die Tüchtigkeit der Arbeiter und zwingt die Unternehmer, an der technischen Ausgestaltung ihrer Betriebe energisch fortzuwirken. Diese beiden Hebel werden die Leistungsfähigkeit der genannten Industrie fortwährend erhöhen, was mit Rücksicht auf die Weltkonkurrenz auch dringend notwendig ist.

Wochenchau.

Berlin, 10. Oktober 1905.

Der Kampf in der Berliner Elektroindustrie ist noch immer unentschieden. Die Unternehmer erklären, daß sie Ende dieser Woche weitere 20000 Arbeiter aussperrten wollen, wenn bis dahin die 400 in den Ausstand getretenen Arbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Leider haben sich etliche Streikbrecher gefunden, welche die Lieferung des elektrischen Stroms für Kraft- und Lichtzwecke ermöglichen helfen. Auch hat sich die Berliner Polizei in den Dienst des Unternehmertums gestellt, indem sie Feuerwehrmänner in die Betriebe abkommandierte. So müssen Berliner Feuerwehrleute, die von der Stadt bezahlt werden, über welche die städtische Verwaltung aber keinerlei Rechte hat, auf den Befehl des Polizeiherrn von Berlin Streikbrecherdienste leisten.

Die Unternehmer wenden sich an die Presse mit einer Darstellung, die ihrem Verhalten Recht geben soll. In dieser sogenannten Rechtfertigung weisen sie auch darauf hin, daß während der Ausgleichsverhandlungen die Arbeiterschaft dem Streik eine weitere Ausdehnung gegeben hat. Ehrlicher Weise hätten sie aber noch hinzuzufügen müssen, daß diese Ausdehnung provoziert war durch die während der Ausgleichsverhandlungen unternommenen Aussperrungen. Wir haben schon in voriger Nummer darauf hingewiesen, daß auf beiden Seiten Waffenstillstand eintreten muß in dem Augenblicke, wo Friedensverhandlungen aufgenommen werden. Wenn dieser Waffenstillstand von den Unternehmern nicht respektiert wird, dann dürfen sie nicht erwarten, daß die Arbeiter Gewehr bei Fuß bleiben. In ihrer „Rechtfertigung“ erklären die Unternehmer im Uebrigen auch noch, daß die Frage der Lohnerhöhung nur in ihren Konsequenzen eine Rolle spiele. Damit wird anerkannt, daß den streikenden Arbeitern die verlangte Lohnerhöhung sehr wohl hätte gewährt werden können. Die Unternehmer fürchten nur, daß die Bewilligung der geforderten Lohnerhöhungen an die 400 Arbeiter zur Folge gehabt hätte, Forderungen auf Vohnerhöhungen für alle übrigen Arbeiter. Wir kennen in Berlin Betriebe, die aus Anlaß der Fleischntheuerung freiwillig Theuerungszulagen gewährt haben. Die im Kampf stehenden Werke hätten sich ein hohes sozialpolitisches Verdienst erwerben können, wenn sie den streikenden Arbeitern die beschiedenen Forderungen bewilligt und freiwillig den übrigen Arbeitern, soweit sie schlecht bezahlt werden, eine Theuerungszulage gewährt hätten.

Wie sich nun auch im Laufe dieser Woche die Dinge gestalten mögen, ob es zu einer weiteren Verschärfung des Kampfes durch neue Aussperrungen kommt, oder ob ein Ausgleich vorher herbeigeführt wird, bestehen bleibt auf jeden Fall, daß die Industrie und die beteiligten Arbeiter schwere Schäden erleiden haben, die sich sehr wohl hätten vermeiden lassen können, wenn beide Theile einander näher ständen und besser verstehen könnten. Die Zeit wird lehren, daß Unternehmer wie Arbeiter durch die Nacht der That sachen gezwungen werden, auf den Boden der Gewerbetreue zu treten, indem auf beiden Seiten, womöglich schon vor Beginn des Kampfes erste Ausgleichsversuche gemacht werden. Vielleicht aber wird es gar noch nötig werden, daß von Gesetzes wegen ein Vergleichszwang ausgesprochen wird, um die ungeheure Vertheuerung des Kampfes wenigstens zu vermindern.

In diesem Kampfe setzten sich die Unternehmer von vornherein ins Unrecht, daher muß auch seitens der Arbeiter der Kampf mit aller Energie geführt werden. **Reiche Mittel sind hierzu notwendig und darum richten wir an alle unsere Verhandlungsgenossen vom Neuen die dringende Bitte, möglichst rasch zu sammeln und das Geld an unseren Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greiswalderstr. 221/23, einzufinden.**

Die Metallindustrie hat eine neue bedeutende Aussperrung erhalten. In der Hannoverischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Eggestorf in Hannover-Linden wurde 10 Fräsern in der Dreherei Lohnabzüge gemacht. Die Fräser wurden bei der Betriebsleitung vorstellig und verlangten, daß ihnen ein Mindeststundenlohn von 50 Pfennig garantiert wird, da der bisherige Verdienst 52 bis 54 Pfennig betrug. Dieses Verlangen wurde den Fräsern abgelehnt, worauf die Niederlegung der Arbeit erfolgte. Die Fabrikleitung forderte von den übrigen Arbeitern, daß sie die Arbeiten der Fräser verrichten, was abgelehnt wurde. Eine am 2. Oktober stattgefundene Werkstätterversammlung erklärte sich mit den Fräsern einig. Im Laufe der vergangenen Woche wurde dann der größte Theil der Arbeiter entlassen, darunter Personen, die ein Mannesalter im Dienste der Firma gestanden haben. Am 7. Oktober schloß die Firma ihre Thore ganz, nachdem noch über 300 Kesselschmiede und 39 Fabrikarbeiter, als der Rest der Arbeiterschaft, ihre Arbeitsstätte verlassen hatten. Im Ganzen sind von der Aussperrung ungefähr 1700—1800 Personen betroffen.

Auch unsere Organisation ist an dieser Aussperrung sehr stark beteiligt. Wir wiederholen daher unsere schon oben ausgesprochene Bitte, **sammelt rasch und reichlich**, damit wir den durch die Willkür der Unternehmer brodtlos gemachten Kollegen zu Hilfe eilen können.

Arbeiterbewegung. In der Textilindustrie sind große Lohnkämpfe zu erwarten. Während in Reichenbach (Schlesien) die Weber schon seit Wochen in einem Lohnkampfe stehen, rüsten sich die Textilarbeiter in Gera und Umgegend zu gleichem Vorgehen. Bekanntlich haben

die organisirten Unternehmer den Webern einen neuen Tarif unterbreitet, der in Gegenwart von Vertretern der Arbeiter vereinbart wurde. In letzter Zeit haben in verschiedenen Orten des Industriebezirks Weberversammlungen stattgefunden, die sich eingehend mit den von den Unternehmern angebotenen Lohnsätzen befaßten. Ueberall sprachen sich die Arbeiter ablehnend aus und beschloßen, die Kündigung einzureichen. Dieses haben auch insgesamt über 1000 Arbeiter von vier der größten Betriebe bereits ausgeführt. Die Arbeiter haben die Unternehmer nochmals ersucht, in Verhandlungen über einige strittige Punkte des Tarifs einzutreten. Dieses wurde abgelehnt. Sie ließen durch ihren Vorsitzenden, Kommerzienrath E. Ruckdeschel-Gera, den Arbeitern mittheilen, daß die im Tarif festgelegten Zugeständnisse die äußersten sind, welche die Industrie ertragen kann. Es wurde ferner hingewiesen, daß alle gebotenen Vergünstigungen als zurückgezogen zu gelten haben, wenn der Tarif nebst allgemeinen Bestimmungen Annahme seitens der Arbeiter nicht findet. Im Vogtlande haben die Unternehmer ebenfalls einen Gewaltakt vorbereitet. Der Verein der Lohnschiffenmaschinensbesitzer zu Plauen, welcher über mehr als 2000 Maschinen verfügt und 5000 Arbeiter beschäftigt, hat beschloßen, am 14. Oktober sämtliche Arbeiter zu kündigen und seine gesammten Betriebe am 28. Oktober zu schließen. Wie man sieht, an allen Orten des Reiches Aussperrungen über Aussperrungen!

Der in unserm heutigen Leitartikel besprochene Beschluß des sozialdemokratischen Parteitagess betreffend den **politischen Massenstreik**, macht einen Theil der Gewerkschaften rebellisch. Der „Korresp. f. D. Buchdr.“, der sich allerdings schon immer sehr energisch gegen die Empfehlung des politischen Massenstreiks gewendet hat, charakterisirt den Jenaer „Rud nach links“ wie folgt:

Auf der schiefen Ebene, die die Partei in Dresden betreten hat, mußte sie freilich ganz folgerichtig in Jena dort anlangen, wo die Ultras des Marxismus sie haben wollten. Der in Jena beschlossene revolutionäre Massenstreik ist die logische Konsequenz des von Bebel in Dresden vertretenen Standpunkts: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, solange ich lebe und existire, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, zu beseitigen.“ Damit hatte die Sozialdemokratie nicht nur den gesamten bürgerlichen Parteien, sondern auch der sozial-reformerischen Bewegung der Gewerkschaften den Fehdehandschuh hingeworfen. Die ganze Thätigkeit der Gewerkschaften und die Vorteile, die sie für die Arbeiter erzielt haben, beruhen auf einem Kompromiß mit den gegebenen politischen Verhältnissen und Parteien. Durch die feindliche Lösung von jedem Kompromiß mit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung war der Boden für die revolutionären Beschlüsse in Jena geschaffen. Die Gefahr, gegen welche die Partei sich mit Hilfe des Massenstreiks wehren will, hat sie selbst heraufbeschworen! Eine Partei mit drei Millionen Stimmen und 80 Abgeordneten kann sich nicht sektirhaft abschließen, sondern hat sich mit beiden Parteien mitten hinein in die politischen Dinge zu stellen. Bebel sagte vor etwa 15 Jahren einmal: Die Taktik ist mir wichtiger als das Prinzip! Nun gut, hätte es die Taktik nicht erfordert, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen? Vorbedingungen waren nach 1890 genügend vorhanden, eine nützliche Mitarbeit der Sozialdemokratie in reformerischerem Sinne zu gestalten. Das wollte man aber nicht und riethete statt dessen die Dresdener Kriegserklärung an Staat und Gesellschaft. Und nun thut man höchlichst verwundert, daß von dort auch geschossen wird!

Mit diesem Verhalten „peitscht“ die Sozialdemokratie, so hebt der „Korrespondent“ noch mit Recht hervor, „die noch sozial denkenden Schichten des Bürgertums in das Lager der Scharfmacher — und aus einer selbst durch jahrelange Unterlassungen mit verschuldeten Situation schöpft man dann neue Resolutionen à la Dresden!“

Eine Probe auf das Exempel des Generalkreises zu einem politischen Zweck sollten, wie man in Jena hören konnte, die Hamburger Gewerkschaften machen gegen die Wahlrechtsvorlage zur Bürgerschaft. In dieser Angelegenheit war Bebel f. St. in Hamburg, um darüber mit dem Hamburger Gewerkschaftskartell zu verhandeln. Auf dem Parteitage in Jena hat nun Bebel aus der Schule geplaudert und öffentlich wiedergegeben, was ihm in Hamburg geantwortet worden ist. Nämllich: „Ihr wißt ja gar nicht, wie böse es bei einem Theil unserer jüngeren Gewerkschaftsführer aussieht, die höhnen ja über die Partei über den Sozialismus und den Zukunftsstaat, die bestreiten sogar, daß wir einen Klassenkampf führen.“

An dieser Ausplauderung hat das Hamburger Gewerkschaftskartell in einer Versammlung scharfe Kritik geübt; die von Bebel wiedergegebene Aeußerung sei thatsächlich gefallen, aber von einem anderen Personkreis als dem der Kartellkommission. Die Richtigkeit der Aeußerung wird also zugegeben, es habe sich aber um eine vertrauliche Besprechung gehandelt, deren Ergebnis nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt war. Es sei im höchsten Grade bedauerlich, daß ein solch alter Taktiker wie Bebel, sich in der Hitze des Gefechts dazu hinreißen lasse, solche im internen Kreise gemachten Aeußerungen an die Öffentlichkeit zu bringen. — Zu einem politischen Massenanstand ist es damals nicht gekommen, man hat Herrn Bebel abblitzen lassen. Das muß ihn natürlich schmerzen.

Graf Posadowsky und der „Zukunftsaat.“ Ein Vaterländischer Bauverein hat in Pantow bei Berlin den Grundstein zu seinem

zweiten Genossenschaftshause gelegt und hierzu den Herrn Staatssekretär des Innern, Grafen Posadowsky, eingeladen, den ersten Hammer Schlag zu thun. Graf Posadowsky nahm die Einladung an und hielt bei dem ersten Hammer Schlag die folgende Ansprache:

Ihrer freundlichen Einladung, dieser Feler beizuwohnen, bin ich gefolgt, um im Namen der Reichsbehörden an dieser Stätte Zeugnis abzulegen für das große und tiefgehende Interesse, das Seine Majestät der Kaiser und die Behörden des Reiches an der bedeutsamen Bewegung nehmen, die eine Verbesserung unseres Wohnungswesens für die weniger bemittelten Volksschichten zum Ziele hat. Ich brauche es gerade vor Ihnen nicht erst des weiteren auszuführen, von welcher Wichtigkeit für die körperliche und sittliche Gesundheit der Familie die Art ihres Wohnens ist. Auf der Familie aber ruht der Bestand des Staates und seiner Zukunft, sie bildet seine Grundlage und sein Rückgrat, und so ergreift es sich von selbst, von welchem Gewicht das für die breiten Volksschichten bestehende Wohnungswesen für die Nation ist. Das Kind, das in hohen, lustigen Zimmern aufwächst, die Knaben und Mädchen, die auf weiten Höfen spielen dürfen, der Mann, der nach des Tages Arbeit in ein behagliches Heim zurückkehrt, sie alle sind ethisch durch das Haus beeinflusst, deshalb die hohe Bedeutung des Wohnungsproblems, an dessen Lösung wir hier mitarbeiten wollen. Nun, meine Herren, wissen Sie es so gut wie ich, daß es eine große Partei giebt, die von allen derartigen Bestrebungen nichts wissen mag. Diese Partei steht auf dem Standpunkte, daß Rettung nur von ihrem Zukunftsstaat erwartet werden könne, und daß dieser allein im Stande sein werde, die Gebrechen unserer Zeit zu heilen. Ja, meine Herren, wer sagt denn, daß wir nicht ebenfalls an einen Zukunftsstaat glauben? Wir glauben durchaus daran, daß unsere Regierung durch unablässige Arbeit zu einer Veredelung unseres Volkes gelangen wird, und das ist der Zukunftsstaat, den wir erhoffen. Gewiß werden die Dinge und Verhältnisse nicht so bleiben, wie sie sich heute uns darstellen. In hundert Jahren wird es selbstverständlich anders bei uns aussehen wie heute. Welch ein Unterschied zwischen dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben zurzeit des großen Friedrich und dem unsrigen! Und gehen wir abermals ein Jahrhundert zurück, welch eine Kluft zwischen dem Dasein, das unser Volk zur Zeit des Großen Kurfürsten und in den Tagen Friedrichs des Zweiten geführt hat! Also in der Entwicklung, die uns die Zukunft bringen wird, liegt einfach der Zukunftsstaat, und wir glauben an sein Kommen, weil wir an das deutsche Volk glauben. Aber wir glauben nicht im Sinne der Sozialdemokratie an einen solchen Staat, deshalb nicht, weil wir nicht anzunehmen vermögen, daß alle die Unterschiede in den Veranlagungen des Geistes und Charakters, alle die tausend Zufälligkeiten, durch die ein Menschensein hinaus zu den Höfen geleitet oder hinab in den Tiefen geschleudert werden kann, daß alles dies durch Gesetzesakte geregelt oder gar aus der Welt geschafft werden kann. Unsere Zeit ist zu nerodis geworden. Nicht ruhig vermag sie den Erfolg einer Arbeit abzuwarten, möglich schnell will man die Resultate sehen. Aber, meine Herren, auch diese große Bewegung, in die Sie mit eingetreten sind, bedarf der Zeit. Generationen werden an dem Werk weiter zu arbeiten haben, aber, wie ich hoffe, werden sie es auch weiter führen. Klar ist es ferner, daß auch Ihr Verein die schwere Aufgabe nicht wird lösen können. Doch mit dem, was diese Vereinigungen zu Stande bringen, würden Sie erziclich auf die Privatbauthätigkeit und arbeiten so an der Erreichung des hohen Zieles mit. Und so lassen Sie mich den Schlag des Hammers auf diesen Stein mit dem Bunsche begleiten: Mögen in diesem Hause immerdar nur Menschen wohnen, die davon durchdrungen sind, daß sie hier auf Erden nur in der Vorballe für die Ewigkeit weilen.

Der Bauverein will dem Hause den Namen „Posadowskyhaus“ geben.

rd. Rechte der Berufsgenossenschaft gegen den Arbeitgeber beim Unfall eines Arbeiters. (Nachdr. verb.) Ein Handwerksmeister war strafrechtlich verurteilt worden, weil in Folge mangelhafter Ueberwachung seines Betriebes einer seiner Arbeiter verunglückt war. Nunmehr verlangte die Berufsgenossenschaft noch im Wege der Zivilklage von dem Meister alle Kurkosten zurück, die sie für die Pflege des Verletzten bereits angewendet hatte, und ferner die Feststellung, daß die dem Arbeiter zu zahlende Rente von dem Meister entrichtet werde. Die Klägerin stützte ihre Ansprüche auf § 136 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes, wonach bekanntlich diejenigen Betriebsunternehmer, welche durch Fahrlässigkeit einen Unfall herbeigeführt haben, für alle Aufwendungen haften, die von Kranken- und sonstigen Unterstützungskassen gemacht werden. Im vorliegenden Falle sei die Fahrlässigkeit bereits vom Strafrichter festgestellt und demzufolge rechtfertigt sich das Verlangen der Berufsgenossenschaft ohne Weiteres. — Trotzdem gelangte die erste Instanz zur Abweisung der Klage, indem sie — entgegen dem vom Reichsgericht früher aufgestellten Grundsatz — sich dahin aussprach, daß ein Strafurtheil den Zivilrichter absolut nicht binde. Im vorliegenden Falle sei als festzustellen anzusehen, daß auch der Verletzte ein erhebliches Verschulden an dem Unfalle trage, und das müsse dahin führen, den bereits strafrechtlich verurteilten Meister von der zivilrechtlichen Haftung freizulassen. — Diese Entscheidung wurde jedoch vom Oberlandesgericht Hamburg für irrig erklärt. Der Anspruch der Berufsgenossenschaft gemäß § 136 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes würde ja in vielen Fällen illusorisch werden, wollte man ihn nur dann für berechtigt anerkennen, wenn der Verletzte den Unfall nicht mitverschuldet hat. Allerdings kann möglicher Weise die Fassung des § 136 zu Zweifeln Anlaß geben, denn im ersten Satz fehlt das Wort „Genossenschaft“, und ist nur von „Armenverbänden“, „Krankenkassen“ und sonstigen „Unterstützungskassen“ die Rede, während erst im zweiten Satz gesagt wird: „dieselben Personen haften der Genossenschaft für deren Aufwendungen auch ohne Feststellung durch strafgerichtliches Urtheil.“ — Der Anspruch der Genossenschaft ist also einerseits in keinem Falle mehr von dem vorgängigen Erlaß eines Strafurtheils gegen den Betriebs-

unternehmer abhängig. Daraus folgt andererseits doch aber nicht, daß ein etwa vorliegendes strafrechtliches Urtheil für den Zivilrichter seine bindende Kraft verloren hat, wenn die Genossenschaft Ansprüche der in Rede stehenden Art erhebt. — Es ist vielmehr anzunehmen, daß ein etwaiges strafgerichtliches Urtheil für den Zivilrichter unbedingt bindend ist. Dieser Umstand mußte zur Verurteilung des Handwerksmeisters, gemäß dem Anspruch der klagenden Berufsgenossenschaft führen.

Gewerkevereins-Zeitung.

§ Bremen. Am Montag, den 25. September, fand im Gesellschaftshause des Westens eine von den Ortsvereinen der Maschinenbauer und Kaufleute einberufene öffentliche Gewerkevereinsversammlung statt, in der Verbandssekretär H. Neustedt, Berlin referierte. Derselbe war sehr gut besucht. Auch waren viele Mitglieder des Metallarbeiterverbandes erschienen, alles Kampfbühne, die man hier bei derartigen Gelegenheiten zu sehen gewohnt ist. Von gegnerischer Seite wurde unter andauernder Unruhe Bureauwahl verlangt, dem aber nicht entsprochen wurde. Es wurde freiwillig ein Gewerkearbeiter mit ins Bureau übernommen. Kollege Reustedt hielt nunmehr einen Vortrag über die Deutschen Gewerkevereine und die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart, der mit Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion leiteten die Verbändler wieder Großartig in erfindenden Angriffen. Vom Referenten wurden die Angriffe grüßlich zurückgewiesen. Geschlagen verließen die Gegner den Saal. Wir waren mit dem Verlauf der Versammlung durchaus zufrieden. Dem Referenten an dieser Stelle unseren herzlichsten Dank. P. Fehmer, Sekretär.

§ Reichenbach (Ober-Lausitz). Der D. V. der Fabrik- u. u. Handarbeiter (H. V.) hielt Sonnabend, 30. September, seine Monatsversammlung im „Eind“ ab. Nach Eröffnung der Sitzung erhielt Genosse Arnold, Gölzig das Wort zum Thema: „Arbeiter organisiert Euch!“ Der Referent sprach über den Werth und Nutzen der Organisation, besonders für Fabrik- und Handarbeiter. Nach mehreren geschäftlichen Mittheilungen, wozu reichliches Material vorhanden war, wurde die Versammlung nach Mitternacht geschlossen. Bemerkt wurde noch von den Gölziger Delegirten, daß es sehr zu bedauern wäre, daß einmal ein öffentlicher Saal zu betörtigen Versammlungen zu haben wäre, denn der Raftengeist sei hier noch zu sehr eingewurzelt. Nachdem noch verschiedene Punkte erörtert waren, wurde folgende Resolution gefaßt: „Der Ortsverein von Reichenbach (Ober-Lausitz) verpflichtet sich, die Agitation in Reichenbach und Umgebung besser zu fördern, ein jedes Mitglied übernimmt die Verpflichtung, immer neue Mitglieder zu werben.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

§ Oldenburg. Ueber das Thema: Die Berufsorganisation eine Nothwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung, sprach am 27. September in einer vom Ortsverband berufenen Gewerkevereinsversammlung der Verbandssekretär H. Neustedt aus Berlin. Referent behandelte die Materie mit vielem Geschick in interessanter, leicht verständlicher Weise. Zunächst streifte er die gegenwärtige enorme Steigerung der Lebensmittelpreise und ging dann ausführlicher auf die Streits und Aussperrungen ein. Es sei mit Genugthuung konstatiert, daß man jetzt öfter dazu übergeht, ausbrechende Differenzen auf dem Wege des ruhigen, abwägenden Ausgleichs zu schlichten. Darin liege ein Sieg der Deutschen Gewerkevereine. Mit einem Appell an die Anwesenden, in die Gewerkevereine einzutreten, schloß Redner seine vorläufigen Ausführungen. Die hiesigen Gewerkearbeiter hatten sich zur Hilfeleistung einige Genossen aus Bremen kommen lassen, wodurch es zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Der Erfolg der namentlich von unseren Verbandsgenossen zahlreich besuchten Versammlung war auf unserer Seite.

§ Stettin. Die vereinigten Ortsvereine der Maschinenbauer von Stettin und Umgebung hielten am Sonntag, den 17. September, sowie am 24. September kombinierte Mitgliederversammlungen mit Gästen ab. Eine in Stettin und eine in Juchow b. Stettin. Tagesordnung war in beiden Versammlungen: Vortrag des neuen Agitationsbeamten Wolf-Stettin. Beide Versammlungen wurden um 4 Uhr Nachmittags vom Vorsitzenden Kollegen Breller eröffnet. In längerem Vortrage schilderte Redner unsere heutige Stellung in der Arbeiterbewegung und das Verhältnis der drei in Frage kommenden Arbeiterorganisationen an der Hand der neuesten Vorkommnisse. Redner spricht sein Bedauern aus über die Uneinigkeit und meint, daß es auch vorläufig noch so bleiben wird. Die Hauptschuldtreffe aber den Metallarbeiterverband, indem derselbe überall, wo seine Mitglieder in der Mehrzahl sind, die anderen in Frage kommenden Organisationen, so auch unsern Gewerkeverein, nicht anerkennen wolle, obwohl der Vergarbeiterstreik gelehrt hatte, daß Bewegung auch Eindruck macht. Daß die Führer vom Metallarbeiterverband dies nicht einsehen, zeigt zur Genüge ein und geschlossen sind, die Bewegung auch Eindruck macht. Daß die Führer vom Metallarbeiterverband dies nicht einsehen, zeigt zur Genüge, wie kurzichtig sie geworden sind. Der mächtigste Feind aller Organisationen ist aber der Arbeitgeberverband und darum ihr Einigkeit der einzelnen Richtungen der Arbeiter unter Wahrung voller Gleichberechtigung in allen Fragen dringend noth. Dann schilderte Redner, wie wir unsere neue Agitation zu gestalten haben und wie wir am besten die noch ungeheurer Masse der Unorganisirten in den Gewerkeverein aufnehmen können, aber nicht durch Gewalt, wie es die Verbändler häufig machen, sondern durch fortwährende Aufklärung. Daher ist es auch dringend nothwendig, daß die Mitglieder sich in allen Fragen der Arbeiterbewegung unterrichten. Zum Schluß kam Redner auf die Fleischvertheuerung zu sprechen und schildert auch hier in packenden Worten das Gebahren der Großhändler gegenüber dem arbeitenden Volke. Unter anhaltendem Beifall schloß Redner seinen mit Begeisterung aufgenommenen Vortrag. Nach einer regen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen.

Die heutige, im Lokale des Herrn Rog tagende kombinierte Mitgliederversammlung der Ortsvereine der Maschinenbauer Stettin I und II, sowie Grabow und die anwesenden Gäste erklären sich mit den Ausführungen des Referenten über die Taktik unserer Agitation einverstanden. Betreffs der Fleischvertheuerung verurtheilt die Versammlung das Gebahren der Regierung zu dem Treiben der Großhändler auf das Entschiedenste. Die Versammelten verpflichten sich, überall, wo es angängig

ist, die Arbeiter sowie deren Frauen über die Ursachen der Fleischvertheuerung aufzuklären und fortwährend darauf hinzuweisen, daß solche Zustände vor Allem durch eine starke wirtschaftliche Berufsorganisation beseitigt werden können. Darum müssen sich alle Arbeitskollegen sowie deren Frauen den Deutschen Gewerksvereinen anschließen.

Diese Resolution wurde auch in der Versammlung zu Zülchow im Konzertsaal am 24. September einstimmig angenommen. Beide Versammlungen waren überaus gut besucht, nicht bloß von den Maschinenbauern, sondern auch von zahlreichen Genossen aus anderen Ortsvereinen, die mit ihren Frauen erschienen waren.

In der Versammlung in Zülchow lag die Nr. 38 der „Metallarbeiterzeitung“ vor, welche einen Artikel betitelt: „Stich-Dunder'sche Wahrheitsliebe“, enthält. Dieser Artikel beschäftigt sich namentlich mit unserem in Nr. 29 des „Regulator“ veröffentlichten Artikel: „Ein neuer Kreuzzug gegen die Gewerksvereine“. Ebenso wird der auf dem „Vulkan“ in Stettin stattgefundenen Lohnbewegung. Dieser Artikel — doch nein, jener Wortschwall — denn für mehr können es ernst denkende Arbeiter nicht halten, trägt drei lange Spalten Unwahrheiten vor, ja es muß offen ausgesprochen werden, es wird darin wider besseres Wissen gelogen. Der Referent, Kollege Wolf, zerstückte denn auch in recht drastischer Weise das Geschreibsel und nannte es kurz aber treffend eine dumme Schreibart, welche nur für dumme aber nicht für den klugen Arbeiter gemacht ist. Drei Spalten! Man muß lächeln, denn wie mag dem armen Mann das Gehirn gebrannt haben, um ihn zur Verfügung stehenden Raum auszufüllen. Der Hauptinhalt der ersten Spalte wird in der zweiten fast vollständig wiederholt. Wolf's kritische Ausführungen und die der Diskussionsredner wurden daher auch mit Beifall und Beifall von der Versammlung aufgenommen. Es wurde dann auch folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die im Zülchower Konzertsaal tagende kombinierte Mitgliederversammlung der Ortsvereine der Maschinenbauer zu Bredow, Zülchow und Frauendorf, sowie die als Gäste anwesenden Verbandsgenossen und unorganisierten Arbeitskollegen erklären, daß der Artikel in der „Metallarbeiterzeitung“ (Nr. 38) falsch ist; ferner, daß die „Gewerkschaften als solche keine Forderungen bei der Direktion des „Vulkan“ gestellt haben“, sondern nur die Deutschen Gewerksvereiner von Stettin und Umgegend mit Unterstützung der Maschinenbauer und Tischler, und die Arbeiterschaft des „Vulkan“, unterschrieben von Arbeiterauschüß.“

Durch diese Resolution ist ein für alle Mal festgelegt, daß die Gewerkschaften keine Forderungen eingereicht haben, es sei denn, daß sie es bündig nachweisen.

Wenn man nun das Treiben und Lärmen der Gewerkschaften vorher, mit ihrem nachherigen Handeln vergleicht, so muß man doch sagen, daß es einen feigen Verrath bei einer Lohnbewegung gar nicht geben kann; erst wird viel versprochen und erklärt, daß nur die „stärksten“ Organisationen den Arbeitern helfen können, wenn es aber so weit kommt, dann ist hier außer dem Gewerksverein keine Organisation da, die helfend eintritt, und den Arbeiterauschüß, gewählt von der indifferenten Masse der Arbeiterschaft des „Vulkan's“, unterstützt. Wir können das unwahre Geschreibsel — sicher rührt es von der Hand eines sozialdemokratischen Redakteurs her — insofern übergehen, als es den Artikel in Nr. 29 des „Regulator“ noch weiter behandelt. Jenen Artikel halten wir vollkommen aufrecht, weil er der Wahrheit entspricht! Wir haben unsere Forderungen aus den in der Verfasserversammlung aufgestellten Forderungen summarisch zusammengezogen und am 7. Juli bei der Direktion eingereicht. Diese Forderungen sind nicht in den Papstfordern gewandert, sondern gemeinsam mit den übrigen Forderungen verhandelt worden. Wir hatten nicht sogenannte Minimalwünsche, sondern faßliche Zulagen gefordert. Darauf ist die Direktion auch eingegangen, wenn auch nicht in der von uns gewünschten Höhe. Die Einführung von Minimalwünschen aber ist glatt abgelehnt worden. Im „Regulator“ ist die ganze Vorgeschichte dieser Bewegung aufgeführt. Aus dieser geht beweiskräftig hervor, wie verlogen die nun auch in einem Flugblatt gegen die Gewerksvereine wiederholten Angriffe sind. Einige Aussagen unserer Kollegen sind vollkommen falsch wiedergegeben und das, was von dem Kollegen Christen gesagt wird, ist überhaupt erlogen. Wir wären im Stande von den Gewerkschaften manche Aeußerung wiederzugeben, wir verzichten darauf. Der Verfasser unseres Artikels: „Ein neuer Kreuzzug u. s. w.“ kann seinen Namen nicht nennen, weil er in Arbeit steht und sein Brod nicht verlieren will. Die angestellten sozialdemokratischen Redakteure aber können doch ihren Namen ungenutzt nennen, wenn sie solche Unwahrheiten gegen die Gewerksvereine schreiben; oder ist ihr Schamgefühl noch groß genug, um den Namen im Verborgen zu halten. Wenn Gewerkschafter aus freier Ueberzeugung in die Gewerksvereine eintreten, so machen wir davon keinen besonderen Karm. Nun sollen „viele“ Gewerksvereiner zu den Gewerkschaften übergetreten sein. Es sind 3-4 Mann. Wieviel Versprechungen und Drangsalungen, wo die Ueberredungskunst nicht ausgereicht hat, haben die armen Kollegen wohl aushalten müssen! Auch das neue Flugblatt wird nur die Wirkung haben, daß die Arbeiter des „Vulkan“, die den ganzen Schandbel des Flugblatts kennen, nur noch mehr sich zu den Gewerksvereinen hingezogen fühlen werden. Das Flugblatt agitiert nicht schlecht für uns. Die maßlosen Angriffe aber, die von sozialdemokratischer Seite auf die Gewerksvereine erfolgen, haben die Wirkung gehabt, daß der wahrheitsliebende „Volksbote“ von vielen Kollegen abbestellt worden ist. Die Sozialdemokraten mögen sich nicht allzu sehr auf das hohe Pferd setzen. Wenn sie in ihrer Ueberhebung davon reden, daß sie mit den Gewerksvereinen fertig seien, so reizt uns dies nur zum Lachen. Wir gehen unseren geraden Weg und wirken für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit voller Energie, ohne mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen. Das überlassen wir gern jenen Fanatikern, die ein Bedürfnis dafür haben, ihren Schädel einzurennen.

aufforderten, sich an der Gründung einer Tageszeitung für Schlesien — Oberschlesien — Posen recht thätig zu beteiligen. Genossen! Eine recht große Anzahl Ortsvereine haben sich schon mit einer ansehnlichen Zahl von Abonnenten gemeldet. Um nun unser Zeitungsprojekt gefördert zu sehen, müssen alle fehlenden Vereine kräftig und energisch die wichtige Sache vertreten.

Kollegen und Genossen! Bis 1. Dezember 1905 müssen 4000 Abonnenten gemonnen sein! Ein Jeder muß, angesichts der Anarisse, welchen die Gewerksvereine von Verbändlern und Christlichen ausgesetzt sind, für Erreichung unseres Zieles, eine scharfe Waffe zur Abwehr und Vertheidigung zu schaffen, auf dem Posten sein. Bei einem Abonnementpreis von monatlich 75 Pfg. frei ins Haus des Abonnenten geliefert, ist der Preis derartig gestellt, daß ein Jeder Abonnent werden kann. Deshalb, Ihr Genossen, alle auf zur That! zum endlichen Gelingen, ohne daß der Einzelne persönlich noch extra Opfer bringen müßte. Nein, Genossen! schafft Abonnenten, dann ist das Ziel erreichbar.

Breslau, Anfang Oktober 1905.

Die Zeitungs-Kommission. J. L. Strohsfeld.

• Brandenburgisch-Lausitzer Ausbreitungsverband.

Gemeinsame Sitzung des bisherigen und neugewählten Vorstandes im Fort R.-L. am Sonntag, den 1. Oktober, Vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Dickmann, Thurmstraße. Anwesend sind vier Vertreter des alten Vorstandes, sowie drei Herren aus Spremberg und als Gäste H. Gönnel-Betschau und Ad. Groß-Fort. Der Vorsitzende Herr M. Bierhub giebt das Resultat der Abstimmung betreffs Erhöhung der Beiträge bekannt. Von 12 an der Abstimmung beteiligten Vereinen stimmten 4 Vereine mit einer Stimmenzahl von 164 für Erhöhung, 8 Vereine mit 776 gegen Erhöhung; es bleibt daher der Beitrag von 5 Pfg. pro Mitglied und Vierteljahr bestehen. — Der D.-B. der Maschinenbau- und Metallarbeiter Schirndorf ist dem Ausbreitungsverband vom 1. 10. an beigetreten und heißen wir denselben herzlich willkommen. — Eine Nachricht vom Kollegen Klemann-Malmitz wird mit Freuden aufgenommen und bester Erfolg gewünscht. Es wird einstimmig beschlossen, die nach der Delegiertenversammlung gefaßten Statutenänderungen nicht als Nachtrag, sondern, da bedeutende Änderungen vorgenommen sind, neue Statuten drucken zu lassen und sobald diese fertig, sämtlichen Vereinen der Provinz und der Lausitz zuzusenden. — Es erfolgt die Uebergabe der vorhandenen Akten und Kasse an den neuen Vorstand und wird Alles in bester Ordnung vorgefunden; der Kassenbestand beträgt 70,11 Mk. — Der neue Vorsitzende H. Neugebauer-Spremberg dankt den Vorst. Kollegen für ihr jahrelanges Arbeiten im Interesse unserer guten Sache und bittet die Herren, auch Spremberg für weiter thätigst zu unterstützen. Der Vorstand, Sitz Spremberg (Lausitz), besteht von jetzt ab aus: H. Neugebauer, Vorsitzender, Badergasse 4, Emil Keller, Schriftführer, Wilhelmstr. 26, Max Stroh, Kassirer, Burgstr. 13.

Max Bierhub, Vorsitzender. Emil Keller, Schriftführer.

• Norddeutscher Ausbreitungsverband.

Protokoll der Vorstandssitzung vom 1. Oktober 1905. Anwesend ist der gesammte Vorstand, außer Kollegen Dietrich, welcher unentschuldig fehlt. Als Gäste nehmen an der Sitzung theil die Kollegen Ranoff, Schmidt und Frau Galties. Von der eingeladenen Agitationskommission des Ortsverbandes Stettin sind außer den Kollegen Galties und Kunow, die Kollegen Becker und Wolter anwesend. Der Vorsitzende Kollege Kunow eröffnet die Sitzung um 3 1/2 Uhr Nachmittags mit einer kurzen Begrüßung der Erschienenen. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Versammlungsbericht. Der Kollege Galties berichtet über seinen Besuch der Versammlung der Maschinenbauer Bredow und empfiehlt einen nochmaligen Besuch. Der Schriftführer berichtet über den Besuch des D.-B. der Deutschen Frauen und Mädchen und den D.-B. der Tischler, beide zu Stettin; Kollege Kunow über seinen Besuch der Fabrik- und Handarbeiter Zülchow. Alsdann folgt eine längere Besprechung über eine Agitationsangelegenheit; das Nähere wird dem Schriftführer übertragen. Anschließend hieran folgte Festlegung der Versammlungsbesuche und zwar sollen besuchen: der Kollege Galties die Versammlung der Schneider, Fabrik- und Handarbeiter III zu Stettin und Maschinenbauer Zülchow; der Kollege Kuhlenkamp die Versammlung der Maler und Frau Kuhlenkamp der Frauen und Mädchen Stettin. Der Kollege Galties wird beauftragt, die Versammlung der Sigarr.- und Tabakarbeiter Stettin zu besuchen. Vorträge sollen gehalten werden in den Ortsvereinen der Tischler Stettin und Fabrik- und Handarbeiter Zülchow. Der Schriftführer wird hiermit beauftragt. Kollege Splittköpfer tritt ein und wird vom Vorsitzenden in der üblichen Weise begrüßt. Im nächsten Punkt der Tagesordnung: Erledigung der eingelaufenen Schreiben resp. Anträge, liegt eine Karte vom Ortsverband Barth vor. Diese wird zur Kenntnis genommen. Der Ortsverband Stolp theilt mit, daß eine öffentliche Versammlung zum 15. Oktober einberufen werden soll; da Kollege Kunow an dem Tage verhindert ist, wird der Schriftführer mit dem Referat beauftragt. Eine Einladung der Agitationsleiter des I. und II. Bezirks des Gewerksvereins der Tischler zur Konferenz in Dirschau am 15. Oktober, wird zur Kenntnis genommen. Beschlossen wird, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung für unseren Verband, diese zu beschicken und den Kollegen Gosda-Danzig mit der Vertretung zu beauftragen. Bezüglich der vom Centralrath geplanten Reueintheilung der Bezirke der Ausbreitungsverbände, soll nähere Information eingeholt werden. Kollegin Frau Rieker tritt ein und wird vom Vorsitzenden in der üblichen Weise begrüßt. Ein Antrag des D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter Eggesin, bezüglich einer abzuhaltenden Versammlung, wird dahin erledigt, daß Kollege Freyer-Basewalk mit dem Referat beauftragt wird. Ein Schreiben des Kollegen Meyer-Bütow wird zur Kenntnis genommen, das gewünschte Material ist bereits durch den Schriftführer abgehandelt. Ein Besuch des D.-B. der Frauen und Mädchen Stettin, um eine Forderung, wird dahin erledigt, daß Frau Kuhlenkamp dieses übernimmt. Schreiben von Kollegen Gönnel-Betschau werden zur Kenntnis genommen. Alsdann folgt eine Besprechung mit der Agitationskommission vom Ortsverband Stettin über die in Zukunft vorzunehmende Agitation. Die bereits in einer früheren Sitzung angeregte Frage, betreffs Gründung eines Distrikts-Nabbs, wird nach einer eingehenden Debatte beschlossen, durch Rundschreiben

Verbands-Zeitung.

• An die Gewerksvereins-Kollegen und Genossen von Schlesien — Oberschlesien — Posen. Werthe Genossen!

An alle werthen Vereine genannter Provinzen sind vor Kurzem unsere Prospekte gesandt worden, welche die Gewerksvereiner vorgenannter Provinzen